

Die "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" versuchte, unter Mißbrauch des sogenannten "1503-Verfahrens" und der UNO-Menschenrechtskommission, der DDR massenweise, systematische und grobe Menschenrechtsverletzungen zu unterstellen. Dazu hat die IGfM in der Vergangenheit allein und in Zusammenarbeit mit anderen Feindorganisationen entsprechende Dokumentationen an die UNO übermittelt, bereitet sie gegenwärtig - wie aus einem inoffiziell gesicherten Schreiben hervorgeht - eine weitere derartige Provokation vor und orientierte der neugewählte Vorsitzende der IGfM, der ehemalige DDR-Bürger Dr. GNAUCK, die Öffentlichkeit zur verstärkten Nutzung dieser Methode des Vorgehens gegen die DDR. Weiterhin organisierte die IGfM langfristig und arbeitsteilig mit anderen gleichartigen Organisationen diskriminierende Aktionen anlässlich des 20. Jahrestages der Sicherung der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin, versuchte, diese mit feindlich-negativen Handlungen von DDR-Bürgern zu koordinieren; unternahm sie Anstrengungen, um in Anlehnung an die Entwicklung in der VR Polen die Gründung einer "Solidarität für Ausreisewillige" der DDR zu initiieren und bot zu diesem Zweck Adressen von Bürgern der DDR an; bezog sie verstärkt Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Gymnasien der BRD zu Brief- und Paketaktionen ein; instruierte sie nach wie vor auf stärkere Betonung der familiären Gründe für eine Übersiedlung und forderte die Kontaktpartner in der BRD auf, das ihnen zugegangene Instruktionsmaterial nicht im Original in die DDR zu versenden. Besondere Aktivitäten gingen von den Arbeitsgruppen Bonn, Westberlin, Hamburg, Dortmund, Gerolstein und Hilden sowie von leitenden Mitarbeitern der IGfM, wie GNAUCK und ROTHENBÄCHER, aus.

Die Vereinigung "Hilferufe von drüben" bezog weiterhin ehemalige DDR-Bürger in ihre Tätigkeit ein und verstärkte ihre Kontakttätigkeit in die DDR. Unter Mißbrauch des Einreise- und Besucherverkehrs stellten BRD-Bürger, die sich auf den gerichtsbekanntem Helfer ████████ beriefen, persönliche Verbindung zu mehreren ausreisewilligen DDR-Bürgern her und nahmen damit die in einem Fall abgebrochene Verbindung wieder auf. Neben ████████ waren weiter ████████, ████████ und ████████ aktiv, wobei letzterer wie im Vorjahr ohne Vollmacht der betroffenen DDR-Bürger handelte.

Das "ZDF-Magazin" hat weiterhin erheblichen Einfluß auf ausreisewillige DDR-Bürger, obwohl seit Dezember 1979 die Sendebeiträge "Hilferufe von drüben" nicht ausgestrahlt werden. Adressenveröffentlichungen sowie Sendungen über Aktivitäten von "IGfM" sowie "Hvd" führten dazu, daß DDR-Bürger wiederholt Verbindung zu diesen Feindorganisationen aufnahmen.